

Helbig, Bagerhalter, Robert Zewchner, Schlosser, Louis Fischer, Maschinenarbeiter, Kurt Grafe, Dreher, Paul Haubold, Formner, Kurt Franz, Formner, Felix Franz, Tischlermeister, Emil Hornburg, Schlosser. Von Liste II die Herren Otto Seifert, Kaufmann, Paul Meyer, Werkmeister, Paul Weisfle, Lehrer, Armin Nischke, Fabrikbesitzer, Moritz Fiescher, Holzgerbermeister. Von Liste III Herr Hermann Heber, Formner. Es entfallen demnach auf die verbundenen Listen I und III 10 Sitze und auf Liste II fünf Sitze im Gemeinderat.

**Oberfraundorf.** Bei der am 26. d. M. stattgefundenen Gemeinderatswahl erschienen von 192 Wählern (männl. und weibl.) 153 (80%) an der Urne. Es erhielt Liste A (Anfällige) 86 Stimmen, Liste B (Unanfällige und Häuser) 67 Stimmen, wozu noch 6 und 4 = 10 Vertreter gewählt wurden. — Das leghin für die Nationalversammlung in der Zusammenstellung veröffentlichte Wahlergebnis war betreffs hiesigen Ortes nicht richtig wiedergegeben; es erhielt hier Liste A 54, Liste B 28, Liste C, Grabnauer 75, Liste D 1 Stimme. Ein Zettel war unglücklich. Von 188 Wählern beteiligten sich 162 (86%), nämlich 81 männliche und 81 weibliche.

— Die am oberen Ende unseres Dorfes an der Hochwaldstraße neben der 1888 gepflanzten Kaiser-Eiche auf einer Wegsäule angebrachte eiserne Gedenktafel ist jetzt von roten Händen samt dem oberen Teile der Steinsäule mutwillig abgeschlagen und verschleppt worden. Ob das auch revolutionäre Betätigung sein soll? Die Spartakisten in Berlin haben dort ja so manches verübt, aber von Denkmalszerstörungen hat man doch noch nichts gelesen.

**Großhöf.** Bei der Gemeindevertreterwahl (10 Vertreter auf die nächsten 3 Jahre, bis Ende 1921) machten von 725 Stimmberechtigten insgesamt 576 von ihrem Stimmrecht gütigen Gebrauch. Davon entfielen 128 Stimmen (2 Sitze) auf den Wahlvorschlag I der Gutsbesitzer, 276 Stimmen (5 Sitze) auf den Wahlvorschlag II der Sozialdemokraten und 172 Stimmen (3 Sitze) auf den Wahlvorschlag III der Gewerbetreibenden und Hausbesitzer. Die Neuwahl der beiden Gemeindevorsteher auf die nächsten 6 Jahre erfolgt heute Dienstag abend.

**Zwickau.** Infolge des Kohlenabbaues ist das nördliche Drittel der Reinsdorfer Straße hier stark gesunken, so daß bei Hochwasser der Maße dieser Straßenteil regelmäßig überflutet worden ist, trotz vielfacher Auffüllung der Straße. Für dieses Jahr ist abermals eine Erhöhung dieses Senkungsteils mit 174 000 M. Aufwand geplant.

**Reichenbach i. V.** 28. Januar. Heute vor 50 Jahren wurden hier 50 Scheunen mit ihrem gesamten Inhalt ein Raub der Flammen. In einem zwischen den Scheunen liegenden Keller erstickten 3 Menschen an dem eingedrungenen Rauch.

**Neustadt.** In der hiesigen Zeitung steht zu lesen: Ich erlaube mir die höchste Anfrage, ob das Kriegswunder ist oder nicht, wenn jemand Heringe aus Böhmen für 70, 80 Pf. kauft und für 1,50 M. verkauft? Wird ein derartiger Kaufmann, der das tut, ein richtiger Volksvertreter sein? Eine Hausfrau.

#### Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch, den 29. Januar 1919.  
**Johnsbach.** Abends 1/8 Uhr Bestunde im Konfirmandenzimmer.  
**Reichstädt.** Abends 8 Uhr Jungfrauenverein im Pfarrhause. (Jüngere Abteilung).  
**Sabisdorf.** Abends 8 Uhr Jungfrauenverein.  
Donnerstag, den 30. Januar 1919.  
**Kreitzha.** Abends 8 Uhr 182. Bestunde.

#### Rekte Nachrichten.

**Die Einsicht kommt.**  
Berlin. Die Großberliner Soldatenräte berieten in ihrer gestrigen Vollerversammlung hauptsächlich die vom Kriegeministerium erlassenen Bestimmungen über die Neuordnung der Kommandogewalt und die Rolle, die den Soldatenräten in Zukunft bei Ausübung der militärischen Funktionen zufallen. Volksbeauftragter Noske vertrat gegenüber der zuvor geäußerten Ansicht, den Standpunkt, daß die heutige Form der Soldatenräte nicht zu einer dauernden Einrichtung werden könnte, das russische System sei nicht möglich. Es handle sich bei der kriegsministeriellen Regelung nur um eine vorläufige, die die Soldaten ätte nicht abschaffen wolle. Zunächst handle es sich nicht darum, sondern um die wesentlich wichtigere Sache, daß die Anerkennung der Kommandogewalt wieder herbeigeführt werden muß. Keine Regierung könne auf die Kommandogewalt verzichten. Es seien unmögliche Zustände, wenn die Soldatenräte den Gehorham verweigerten. „Noch vor acht Tagen hat mir“, so fuhr Noske fort, „ein Vertreter Wilsons erklärt, die Regierung sei nicht als verhandlungsfähig anzusehen, weil sie keine Macht hinter sich habe und ein Spielball lächerlich geringer Vorkräfte sei“. Nach weiteren Reden für und wider wurde eine paritätisch aus beiden sozialistischen Parteien zusammengesetzte Kommission bestellt, die mit den verschiedenen Armeekorps Abänderungsvorschläge vereinbaren und der zuständigen Stelle unterbreiten soll.

#### Was Noske einem Engländer sagte.

Berlin. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Daily Graphic“ sagte Volksbeauftragter Noske: England würde Deutschland nicht besetzt haben, weil Deutschland nicht unter der Lebensmittelnappheit Not zu leiden gehabt hätte. Andere Gründe sind nur von sekundärer Bedeutung gewesen. Den Bolschewismus hätte Noske für keine ernst zu nehmende Gefahr. Die beste Waffe gegen ihn wäre eine bessere Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und Rohmaterialien.

#### An die Arbeiter!

**Düsseldorf.** Auf ein Telegramm, das die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes für den Bezirk der nordwestl. Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller abhandeln, antwortete Staatsminister Erzberger: Einfuhr von Lebensmitteln erfolgt, sobald deutsche Handelschiffe eingelaufen. 450 000 t deutschen Handelschiffraumes sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt. Gehe mit Ihnen einig, daß billigere Lebensmittel erträgliche Verhältnisse in der gesamten Industrie herbeiführen werden. Um Lebensmittel zu erhalten, ist aber Arbeit nötig, da die Entente Deutschland keinen Kredit gewährt und die deutschen Guthaben im Auslande nahezu erschöpft sind. Bitte dringend, Arbeiterschaft zu sagen, daß Brot und Fett in reichlichen Mengen vorhanden sind und uns zur Verfügung stehen werden, sobald sie wieder arbeiten.

#### Die Ausdehnung der französischen Besetzung.

Berlin, 27. Januar. Wie die „S. Z.“ erzählt, werden infolge der Besetzung des Röhler Brückentopfes durch die Franzosen am nächsten Mittwoch insgesamt 28 Bezirke des badischen Hanauer Landes besetzt. Entsprechend der geplanten Linie des neuen Brückentopfes im Osten wird die Linie der neutralen Zone vorverlegt. Hierdurch fällt jetzt die Garnisonstadt Offenburg ganz in die neutrale Zone. Darüber werden Verhandlungen geführt. Die Staatsbahnlinie Frankfurt-Basel und damit der Verkehr nach der Schweiz erfahren keine Unterbrechung. Immerhin stehen die Franzosen nur knapp einen Kilometer von der Staatsbahnlinie entfernt.

#### Den Schweizerischen Banken

ist von französischer Seite ein Wink zugegangen, daß sie keine aus dem deutschen Heeresdienst zurückgekehrten Angestellten wieder aufnehmen. Im anderen Falle drohen die französischen Banken mit dem Boykott. Diese Drohung wird in Basel und anderen Städten der deutschen Schweiz mit Entrüstung aufgenommen.

#### Keine deutschen Kriegsgefangenen ins Aufbaugesbiet.

Nach einer Genfer Depesche der „Süddeutschen Korrespondenz“ meldet der „Secolo“ aus Paris: Ein Erlaß des Kriegsministers ordnet an, daß deutsche Kriegsgefangene bis auf weiteres nicht in das Aufbaugesbiet geschafft werden sollen.

#### Lemberg durch ukrainische Truppen bombardiert.

Das Polnische Pressebureau meldet: Ukrainische Truppen bombardierten mit großer Heftigkeit die Stadt Lemberg. Eine große Anzahl Personen wurde durch Granaten getötet und viele Häuser beschädigt. Es sind mehrere Brände durch Artilleriefeuer ausgebrochen. Der frühere Chef der englischen Militärmission, Oberst Wade, verließ Lemberg und kehrte nach Krakau zurück.

#### Ausbruch des Generalstreikes in England.

Saag, 28. Januar. Hier trafen Privattelegramme ein, die den Ausbruch eines Generalstreikes in England mitteilen. Es ist bisher nicht möglich, festzustellen, ob die Nachricht wahr ist. Sie beweist jedenfalls, welchen Umfang die soziale Spannung in England erreicht hat.

#### Die Verfassung vor der Reichskonferenz.

Unter dem Vorsitz Eberts tagt gegenwärtig im Reichskanzlerhaus die Konferenz der Reichsleitung mit den Vertretern der Einzelstaaten, die sich über die neue Reichsverfassung schlüssig machen soll. Etwa an 100 Vertreter sind anwesend.

Die Diskussion wurde vom Staatssekretär des Innern Preuß eingeleitet, der sich zunächst auf den ersten Teil des Entwurfes, die Frage der Aufstellung Preußens und der Zusammenlegung der kleineren Bundesstaaten beschränkte. Der Widerstand gegen die Befestigung der Hegemonie Preußens liegt lediglich im Interesse der Vorkämpfer des alten monarchischen Regiments. Das Vastieren auf alten, historisch gewordenen Hausmächten sei reaktionär, die Republik könne an diesen alten Gebräuden nicht festhalten. Die Diskussion sei durch die Wahlagitation vom Sachlichen abgelenkt, und die Demokraten, das „Mingeln an der Wage“, hätten sich offenbar von einer gewissen Wahlangst, hervorgerufen durch die Angriffe der Konservativen, beeinflussen lassen.

Hirsch (Preußen) erkennt an, daß das Reich einheitlicher gestiftet werden müsse und versteht die beabsichtigte Neugruppierung, diese gehe aber auf Kosten Preußens zugunsten der süddeutschen Staaten zu weit.

Eisner (Bayern) brachte in angeblichem Einverständnis mit anderen Bundesstaaten den Entwurf eines Notgesetzes ein, das nach seiner Meinung die ganze Diskussion überflüssig machen solle. Es handelt sich dabei um eine Art Rahmengesetz.

Ebert wies Eisners Antrag als der Zuständigkeit der Nationalversammlung vorgehend, zurück. Eisners Vorschlag, der vielfach als Absicht der Sabotierung aufgefaßt wurde, mißlang.

Minister Wolfgang Heine, Anhalt, erklärte sich in entschiedener Form gegen die Aufstellung von Preußen.

#### Ein neuer Bundesrat?

Die bisherigen Beratungen der Reichskonferenz wie des von ihr eingesetzten Ausschusses haben zu einer starken Erschütterung der auf möglichste Verstärkung der Reichseinheit gerichteten Grundabsichten des preußischen Verfassungsentwurfes geführt. Die Reichskonferenz am Sonnabend hatte ihrem Ausschuss zwei Aufgaben gestellt:

1. die provisorische Verfassung festzusetzen,

#### 2. den preussischen Entwurf der endgültigen Verfassung weiter zu beraten.

Der ersten Aufgabe hat sich die Kommission bereits in einer Beratung unterzogen. Aus dieser Beratung ist eben unter dem starken Eindruck der Ausführungen verschiedener einzelstaatlicher, besonders süddeutscher Repräsentanten der nahezu einstimmig gefaßter Beschlüsse hervorgegangen, den von der Regierung vorgelegten Entwurf der provisorischen Verfassung, der sich eng an den preussischen Entwurf anlehnt, anzunehmen, aber der Reichsregierung wiederum eine Art Bundesrat an die Seite zu stellen, der alle der Nationalversammlung vorzulegenden Gesetzesentwürfe vorher zu prüfen und mit seiner Genehmigung zu versehen hat.

In diesem Bundesrat soll nicht die Kopfzahl, sondern das in der alten Verfassung aufgestellte Stimmenverhältnis der Bundesstaaten maßgebend sein. Während diese Beschlüsse der Konferenz in Kraft treten, so wäre damit auch der Grundgedanke der uneingeschränkten Souveränität der Nationalversammlung empfindlich getroffen. Dann müßte auch der preussische Entwurf der endgültigen Verfassung zunächst die Zustimmung dieses Staatsausschusses oder Bundesrates erhalten, ehe er der Nationalversammlung vorgelegt werden konnte.

#### Weimar.

Ungeachtet der lebhaften Proteste aus Berlin, die Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen, hält die Reichsregierung daran fest. Die Arbeiten zur Herstellung des Sitzungsraumes im Theater, vor dem bekanntlich das Standbild Schillers und Goethes steht, bei der Post zur Erweiterung der Telegraphen- und Telefon-Verbindungen und bei der Eisenbahn zur Einlage neuer Rüge, dauern fort. Im Frieden fuhr man von Berlin über Halle und Raumburg nach Weimar in nicht ganz dreieinhalb Stunden. Jetzt ist diese Strecke durch die Demobilisierung außerordentlich belastet gewesen, so daß große Verspätungen stattgefunden haben. Weimar hatte ein Bataillon Infanterie als Garnison. Starke Industriebelastung ist dort nicht vorhanden. Um so stärker ist die Arbeiterschaft in den nahen Städten Erfurt mit großer Industrie, Jena (die weltberühmten Zeisswerke) und Apolda (hochgeschätzte Textilfabriken).

#### Neberjiedelung nach Weimar.

Wie jetzt offiziell bekannt wird, wird der Rat der Volksbeauftragten kurz vor Beginn der Nationalversammlung geschlossen nach Weimar ins Großherzogliche Schloß verlegt werden. Am 28. d. M. treten die Finanzminister aller Bundesstaaten zu einer Reichsfinanzkonferenz unter Vorsitz des Reichsschatzsekretärs in Weimar zusammen, um dringende Finanzsteuerfragen zu erledigen.

Die Vorbereitungen zur Nationalversammlung werden kräftig gefördert und ganze Arbeiterheere und Materialzüge treffen in Weimar ein. Weimar wird mit Berlin, Hamburg, Breslau, Frankfurt a. M. sowie sämtlichen Hauptstädten der deutschen Staaten, gegebenenfalls auch mit Wien, durch direkte Drahtleitung verbunden sein.

#### Streiks in aller Welt.

Wie aus London gemeldet wird, erwartet man dort Lloyd George dringend zurück, damit er mit den Führern der Gewerkschaften in Sachen des Streiks Unterhandlungen führen kann. Laut „Star“ beträgt die Zahl der in der Bergwerksindustrie und in den Verkehrsbetrieben Streikenden 750 000.

Wie der „Secolo“ mitteilt, sollen in Mailand alle Gießereien still stehen. Die Arbeiter verlangen den Acht-Stundentag, höhere Löhne und Vergütung des freien Samstag-Nachmittag.

Die Angestellten der Straßenbahn und Automobilisten von Paris sowie die Konduktoren der Metro (Untergrundbahn) und der Nord-Südbahn haben den Streik beschlossen. Der Streik ist auf allen Pariser Verkehrslinien fühlbar. Fast allgemein ist der Streik auf der Metro und der Nord-Südbahn. Bis jetzt sind keine Zwischenfälle vorgekommen.

Die Beamten der Prager städtischen elektrischen Unternehmungen sind in den Ausstand getreten.

Zweihunderttausend siebenbürgische Bergarbeiter, sämtliche Staatsbeamten Siebenbürgens sowie alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn, des Post- und Telegraphenwesens haben die Arbeit eingestellt, die sie solange nicht wieder aufnehmen wollen, bis die Grausamkeiten der Rumänen in Siebenbürgen aufhören, die Pragerstraße aufgehoben, die persönliche Freiheit und das Privateigentum gesichert ist und das freie Reisen gestattet wird.

#### Zwischen Krieg und Frieden.

##### Für unbedingte Pressefreiheit.

Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands (gez. Dornert, Cohen) erläßt an alle Arbeiter- und Soldatenräte im Reich folgenden Aufruf:

In der letzten Zeit haben sich die Nachrichten über Eingriffe in die Pressefreiheit gemehrt. Die uneingeschränkte öffentliche Press- und Meinungsfreiheit für die die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft hat, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, und diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden.

Der Zentralrat fordert daher alle A- und B-Räte auf, jeden Eingriff in die Pressefreiheit zu unterlassen und dort, wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet werden, die Press- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern, um die uneingeschränkte Presse-